



Foto: EVN / Jens Rohde

Massive Kritik an Aus für Trassenpreisförderung im Fernverkehr

3. November 2025, 22:09

An der von der Bundesregierung kurzfristig gestrichenen Trassenpreisförderung für Fernzüge regt sich massive Kritik.

“Durch die offensichtlich nachlässige Arbeit des Verkehrsministeriums drohen den Bahnunternehmen jetzt hohe Verluste”, sagte Matthias Gastel, Bahnpolitiker der Grünen, dem *Tagesspiegel*. Verkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) sei damit direkt verantwortlich, wenn jetzt Fernverkehrsverbindungen gestrichen würden, und sei schuld am höheren Verlust von FliXtrain, Deutscher Bahn und anderer Unternehmen.

Geplant war, dass der Staat die Betreiber von Fernzügen bei den Gebühren für die Nutzung des Schienennetzes in diesem Jahr um 105 Millionen Euro entlastet. Nun müssen die Betreiber die sogenannten Trassenpreise in voller Höhe selbst tragen. Das Verkehrsministerium bestätigte der Zeitung eine entsprechende Mitteilung der Bahnverbände Mofair und VDV.

Kritik an Verkehrsminister Schnieder kam auch aus der Koalition. “Das Geld für die Trassenpreisförderung im Fernverkehr ist im Haushalt 2025 eingestellt”, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der SPD, Isabel Cademartori, dem *Tagesspiegel*. “Es liegt nun in der Verantwortung des Verkehrsministeriums, den Abfluss des Geldes in voller Höhe sicherzustellen.”

Der Chef der Bahngewerkschaft EVG, Martin Burkert, fürchtet negative Konsequenzen für Fahrgäste und Beschäftigte. “Die Rolle der Politik ist schizophren”, sagte er dem *Tagesspiegel*. Man erwarte einerseits einen wirtschaftlichen Betrieb. Aber andererseits fordere die Politik eine hohe Taktung und ICE-Halte bis in die tiefste Provinz. Zeitgleich steige die Schienenmaut durch politische Entscheidungen an. “Die Folgen sind Unsicherheit für die Beschäftigten und heftige Fahrpreiserhöhungen für die Kunden.”

Ein Ministeriumssprecher schloss aus, dass Fernzüge noch in diesem Jahr bei den Trassenpreisen entlastet werden, um die zuletzt aufgrund politischer Entscheidungen gestiegene Schienenmaut zu kompensieren. Er verwies auf eine Entscheidung des Rechnungsprüfungsausschusses im Bundestag. Dieser hatte das Ministerium Ende September aufgefordert, aufzuzeigen, dass die bisherige Förderpraxis tatsächlich wirtschaftlich ist. Das Ministerium

reagierte darauf spät und gibt nun für dieses Jahr gar kein Geld. Für 2026 will es neue Regeln ausarbeiten. "An einer neuen Förderrichtlinie wird aktuell unter Hochdruck gearbeitet", sagte der Sprecher gegenüber der Zeitung.

Höhere Preise für Kunden der Deutschen Bahn soll es allerdings trotz Förderstopps zumindest 2026 nicht geben. "Die DB wird die Preise im Fernverkehr wie angekündigt stabil halten", sagte ein Bahnsprecher dem *Tagesspiegel*.